



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerpräsident

Landespolitik- transparent und online

1.) E-Government hat großes Potential zur Stärkung der Beteiligung am demokratischen Entscheidungsprozess beizutragen (ePartizipation). Welche Bestrebungen hat die Landesregierung durch ePartizipation zur Stärkung der Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen beizutragen? Bei welchen politischen Entscheidungen wird die Landesregierung auf Mittel wie z.B. Online-Konsultationen zurückgreifen?

Antwort:

Die Landesregierung trifft keine Auswahl. Grundsätzlich stehen alle Initiativen und Entscheidungen zur öffentlichen Diskussion. Die Möglichkeit, eigene Ideen und Beiträge einzubringen, ist bereits heute auf breiter Basis realisiert. Über Email können Fragen, Ideen und Anregungen direkt dem Ministerpräsidenten, den Ministern, den Staatssekretären und den Pressesprechern zugeleitet werden. Auf dem Landesportal www.schleswig-holstein.de finden sich für alle Landesbehörden auf den Seiten thematisch zugeordnete Kontaktboxen der zuständigen Ansprechpartner mit standardisierten Email-Formularen oder direkten Email-Adressen.

Als ein Instrument zur Einbringung von Fragen, Ideen und Initiativen einer öffentlichen Debatte bietet die Landesregierung den Austausch über Soziale Netzwerke Facebook, Twitter und YouTube an. Bei Top-Themen wie Schulausfall oder Anhebung von Noten haben Vertreter des Bildungsministeriums punktuell in Blogs und Foren mitdiskutiert. Als Beispiel für eine Anwendung der ePartizipation ist das Anhörungs- und Beteiligungsverfahren zum Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein zu nennen, zu dem von Januar bis Oktober 2008 in einem internetgestützten Online-Verfahren die Möglichkeit, den Entwurf einzusehen und online eine Stellungnahme dazu abzugeben. Auf die gleiche Art und Weise besteht in Kürze die Möglichkeit, die Entwürfe zur Teilfortschreibung der Regionalpläne zum Thema Windenergie im Internet einzusehen und eine Stellungnahme abzugeben.

Des Weiteren hat sich die Landesregierung dafür ausgesprochen, die Sitzungen des von der Landesregierung initiierten regierungsunabhängigen Dialogforums zur Festen Fehmarnbeltquerung durch einen Internetauftritt zu flankieren. Dieser Internetauftritt soll den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, sich online mit Anregungen und Vorschlägen einzubringen, die dann ins Dialogforum getragen und dort diskutiert werden. Die inhaltliche Ausgestaltung seines Internetauftritts wird das Dialogforum selbst festlegen.

2.) Beabsichtigt die Landesregierung analog dem Land Nordrhein-Westfalen (<http://unser.nrw.de>) durch den Ausbau des Portals <http://www.schleswig-holstein.de> Raum für Diskussionen und Fragen zu schaffen. Welche Pläne hat die Landesregierung, offene Daten und Datensätze im Sinne der zivilgesellschaftlichen Open-Data-Bewegung verfügbar zu machen? Wenn derlei Pläne nicht vorliegen: Warum ist die Landesregierung hier bisher noch nicht tätig geworden?

Antwort:

Der Ausbau des Landesportals www.schleswig-holstein.de ist in den letzten beiden Jahren durch Einbindung in soziale Netzwerke bereits weit vorangekommen. Die Presse- und Informationsstelle der Landesregierung steht in engem regelmäßigen Austausch mit den Senats- und Staatskanzleien der Länder über deren Aktivitäten im Bereich der Internetkommunikation. Die dabei gewonnenen Erfahrungen in anderen Ländern werden intensiv ausgewertet und sind in Teilen schon übernommen worden.

Die Aktion „Unser Nordrhein-Westfalen“ kann noch nicht gewertet werden, da noch keine Ergebnisse vorliegen.

Die Landesregierung macht bereits heute Darstellungen, die rechtlich die Voraussetzungen erfüllen, online verfügbar. So dient das Internetangebot des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume gleichzeitig der Erfüllung der Ansprüche der Öffentlichkeit an den Zugang und an eine aktive Verbreitung von Umweltinformationen nach dem Umweltinformationsgesetz des Landes Schleswig-Holstein. Auf Anfrage werden einzelne Datenbestände bereitgestellt, sofern bestimmte Nutzungsbedingungen eingehalten werden.

Im Rahmen der Umsetzung des Geodateninfrastrukturgesetzes und der INSPIRE-Richtlinie der EU werden schon jetzt (nicht personenbezogene) Geodaten öffentlich bereitgestellt. Mit dem DigitalenAtlasNord (DANord) ist ein spezielles E-Government Projekt umgesetzt worden mit kostenlosen Informationen auf Grundlage der ATKIS[®]-Internetkarte über die Themenbereiche Bildung, Freizeit, Planung, Umwelt, Verkehr und Verwaltung. Zurzeit wird der von Schleswig-Holstein und 11 weiteren Ländern auf der Grundlage der ATKIS-Internetkarte erarbeitete webbasierte Kartendienst WebAtlasDe zu einer flächendeckenden Lösung weiterentwickelt. Der Bund hat angezeigt sich an der Maßnahme zu beteiligen, um den Dienst seinerseits innerhalb der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) nutzen zu können. Der Datenbestand des WebAtlasDe ist als Baustein für Open-Data geeignet. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) wird zur Zeit die Frage der Open-Data-Initiative insbesondere vor dem Hintergrund webbasierter Kartendienste privater Organisationen erörtert. Es wird eine bundeseinheitliche Lösung angestrebt, amtliche Geobasisdaten, die diesen Diensten vergleichbar sind, als Open-Data zu behandeln.

Die Landesregierung steht über den IT-Planungsrat zum Thema „Open Government“ mit den Teilgebieten Transparenz, Partizipation und Kollaboration in Diskussion mit dem Bund und den Ländern und wird im weiteren Verfahren Eckpunkte für ein weiteres Vorgehen gemeinsam festlegen.